



Kantonsratsbeschluss über die Voraussetzungen eines Steuerrabatts

Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission
vom 9. März 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die ad-hoc-Kommission des Kantonsrats betreffend Kantonsratsbeschluss über die Voraussetzungen eines Steuerrabatts hat die Vorlage des Regierungsrats vom 9. Dezember 2025 (Vorlage Nr. 4034.1 - 18430) an einer Halbtagesessitzung am 9. März 2026 beraten und verabschiedet. Finanzdirektor Heinz Tännler vertrat das Geschäft aus Sicht des Regierungsrats. Er wurde von Guido Jud, Leiter Steuerverwaltung, und Bettina Fässler, juristische Mitarbeiterin Finanzdirektion, unterstützt. Das Protokoll führte Monica Stauffer.

Der Bericht ist wie folgt gegliedert:

1.	Ausgangslage	1
2.	Ablauf der Kommissionssitzung	1
3.	Fragerunde	2
4.	Eintretensdebatte	4
5.	Detailberatung	4
6.	Schlussabstimmung	9
7.	Anträge	9

1. Ausgangslage

Der Kantonsrat beschloss die Teilerheblicherklärung der Motion der FDP-Fraktion betreffend gesetzliche Grundlage für einen Steuerrabatt im Kanton Zug (Vorlage Nr. 3785.1 - 17957). Teilerheblich in dem Sinne, dass für einen Steuerrabatt kein Automatismus beschlossen wurde.

Finanzielle Ausgangslage:

- Wiederholt hohe Ertragsüberschüsse
- Starkes Eigenkapital
- Hohe finanzielle Stabilität des Kantons Zug

Der Regierungsrat kann dem Kantonsrat jährlich zusammen mit dem Geschäftsbericht Antrag auf einen Steuerrabatt unterbreiten. Der Kantonsrat ist nicht an den Regierungsratsantrag gebunden, er kann ihn entweder gutheissen oder ablehnen. Der Kantonsrat kann einen Steuerrabatt auch eigenständig beschliessen, also ohne einen Antrag des Regierungsrats. Der Kantonsrat kann, muss aber keinen Steuerrabatt beschliessen. Ein Steuerrabatt kann nur gewährt werden, wenn diverse finanzielle Rahmenbedingungen erfüllt sind. Ein fakultatives Referendum ist möglich, falls der Kantonsrat einen Steuerrabatt beschliesst.

2. Ablauf der Kommissionssitzung

Der Kommissionspräsident Alois Gössi eröffnete die Kommissionssitzung mit einem kurzen Überblick über den Ablauf der Sitzung. Anschliessend erfolgte die Vorstellung der Vorlage sowie die Erläuterungen der Ergebnisse der Abklärungsaufträge des Kommissionspräsidenten

durch Finanzdirektor Heinz Tännler. Nach Abschluss der Fragerunde folgte die Eintretensdebatte und daraufhin die Detailberatung. Die Kommission schloss ihre Arbeiten mit der Schlussabstimmung ab. An der Kommissionssitzung waren 15 Kommissionsmitglieder anwesend.

3. Fragerunde

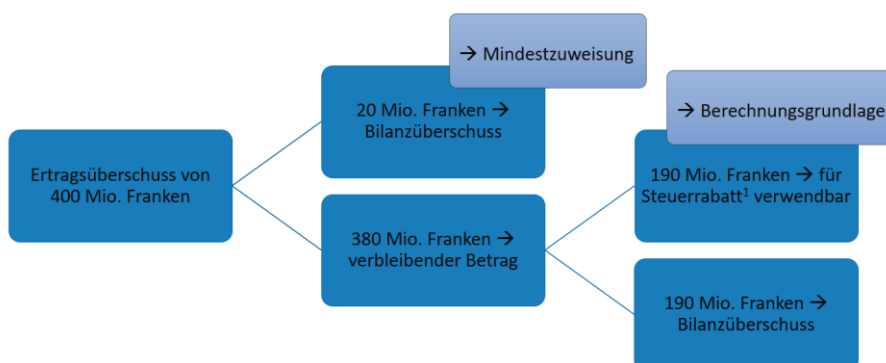
Ein Kommissionsmitglied erkundigte sich, weshalb eine Einwohnergemeinde im Kanton Zug einen Steuerrabatt über eine Rückstellung finanzierte und diesen im Folgejahr anteilmässig über mehrere Steuerkonti kompensierte. Der Finanzdirektor stellte klar, dass dieses Modell zwar theoretisch auch auf Kantonsebene möglich wäre, jedoch nach geltendem Recht nicht zulässig sei und in der Praxis als zu komplex, schwer umsetzbar und rechtlich heikel gelte. Der rechtliche Anspruch auf den Steuerrabatt entstehe erst im Jahr der Gewährung und dürfe daher nicht rückwirkend verbucht werden. Vor diesem Zeitpunkt seien weder eine Abgrenzung noch eine Rückstellung, Vorfinanzierung oder Einlage in einen Reservefonds zulässig. Da Gemeinden solche Beschlüsse einfacher fassen können – im Gegensatz zum deutlich umfangreicheren kantonalen Prozess mit Kantonsrat und fakultativem Referendum – werde empfohlen, dieses Modell auf Kantonsebene nicht einzuführen.

Zudem wurde ein weiterer Abklärungsauftrag eingebracht, wonach die Finanzdirektion prüfen solle, ob neben einem Steuerrabatt auch eine Entlastung der Krankenkassenprämien im Rahmen einer Überschussvergütung – basierend auf dem EFAS-Verteilschlüssel – als mögliches Instrument ausgearbeitet werden könne. Abzuklären wären insbesondere Zeitplan, Wirksamkeit und Mindestvolumen, Dauer der Entlastung sowie die Kommunikationsmöglichkeiten gegenüber den Versicherern, beispielsweise mittels eines Hinweises auf den Prämienrechnungen. Als Argumente gegen den Auftrag wurde angeführt, dass dieser thematisch zu weit vom eigentlichen Zweck des Steuerrabatts entfernt sei, welcher auf der Rückerstattung zu viel bezahlter Steuern basiere. Zudem sei der Auftrag inhaltlich komplex und würde eine separate, vertiefte Diskussion erfordern. Befürwortende argumentierten hingegen, dass zwei flexibel steuerbare Instrumente geschaffen würden: Einerseits würde ein Steuerrabatt diejenigen stärker entlasten, die mehr Steuern zahlen, andererseits würde eine Pauschalentlastung sämtlichen Versicherten zugutekommen. Zudem sei jede Steuersenkung ebenfalls eine Form der Umverteilung.

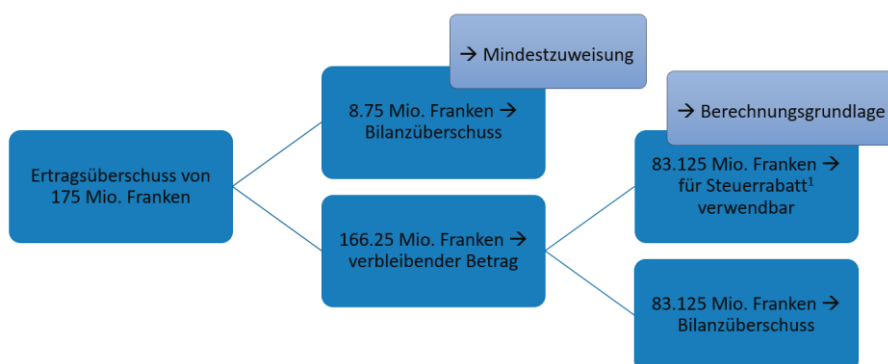
➔ Die Kommission lehnte den Abklärungsauftrag mit 12 zu 3 Stimmen ab.

Weiter hat der Kommissionspräsident ausgeführt, dass vorgesehen sei, ein Steuerrabatt in ganzen Steuerfussprozentpunkten festzulegen. Zum Thema Schuldenbremse schlage der Regierungsrat eine Fremdänderung von Art. 2 Abs. 4 FHG vor, damit es zu keiner Verschärfung bei der Berechnung der Schuldenbremse komme. Die Einführung der Möglichkeit eines Steuerrabatts sei per 1. Januar 2027 geplant. Somit könnte der Steuerrabatt erstmals zur Rechnung 2026 angewandt werden.

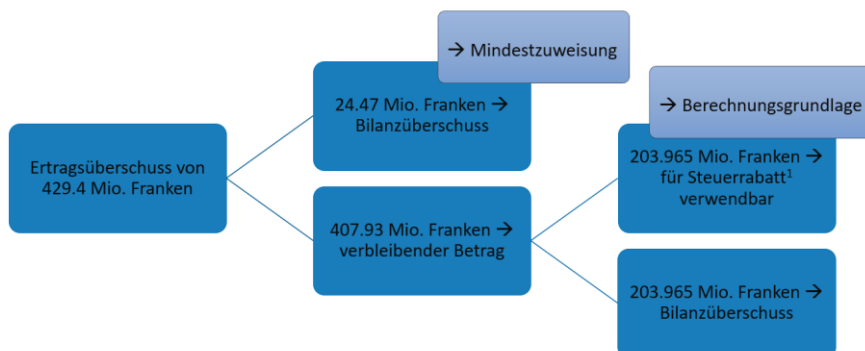
Die von der Finanzdirektion präsentierten Grafiken wurden im Nachgang der Kommissionssitzung an die von der Kommission beschlossenen Änderungen (drei verschiedene Beispiele) angepasst:

Verteilung des Ertragsüberschusses

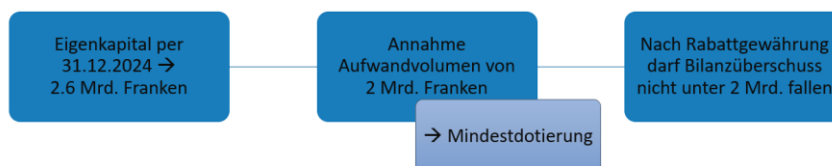
¹ Der Steuerrabatt kann max. 8 Steuerfussprozente betragen.

Verteilung des Ertragsüberschusses

¹ Der Steuerrabatt kann max. 8 Steuerfussprozente betragen.

Verteilung des Ertragsüberschusses

¹ Der Steuerrabatt kann max. 8 Steuerfussprozente betragen.

Berücksichtigung des Jahresaufwandes

4. Eintretensdebatte

Die Eintretensdebatte zeigt eine breite Zustimmung zur Vorlage. Die Befürwortenden argumentieren insbesondere, dass die Vorlage auf einer bereits teilweise erheblich erklärten Motion basiert und dem Kantonsrat zusätzliche Kompetenzen verschafft. Zudem wird hervorgehoben, dass es sinnvoll ist, dass der Kantonsrat über konkrete Anträge abstimmen kann, anstatt diese selbst ausarbeiten zu müssen. Ein weiteres zentrales Pro-Argument sei die Effizienz und Schnelligkeit der Umsetzung: Der gewählte Weg ermögliche eine raschere Einführung der Massnahme als eine Revision des Steuergesetzes. Gleichzeitig wird betont, dass die Vorlage administrativ praktikabel und gut ausgearbeitet sei. Mehrere Stimmen sehen zwar das Steuergesetz grundsätzlich als den richtigen Ort für die Regelung, unterstützen aber dennoch das aktuelle Vorgehen als pragmatische Zwischenlösung. Teilweise wird vorgeschlagen, die Regelung später ins Steuergesetz zu überführen. Schliesslich wird auch argumentiert, dass die Vorlage sachlich überzeugt, gut vorbereitet ist und insbesondere auch dem Mittelstand zugutekommt.

Die Gegenargumente zum Eintreten lassen sich inhaltlich in zwei Hauptbereiche gliedern: Erstens wird die soziale Wirkung der Vorlage kritisch beurteilt. Es wird argumentiert, dass ein Steuerrabatt für einen grossen Teil der Bevölkerung kaum spürbare Vorteile bringe. Gleichzeitig könne eine weitere steuerliche Entlastung den Druck auf die Lebenshaltungskosten erhöhen, insbesondere im Wohnbereich. Dies treffe vor allem Personen mit durchschnittlichen Einkommen, wie Familien oder ältere Menschen, und könne dazu führen, dass sie sich das Leben im Kanton zunehmend weniger leisten können. Zudem wird infrage gestellt, ob Steuersenkungen überhaupt der richtige Umgang mit hohen Ertragsüberschüssen sind; stattdessen werden gezieltere Verwendungen zugunsten der breiten Bevölkerung oder für gemeinnützige Zwecke vorgeschlagen. Zweitens wird das Vorgehen und der Zeitpunkt kritisiert. Es wird als ineffizient angesehen, die Thematik separat zu behandeln, da sie ohnehin im Rahmen der kommenden Steuergesetzrevision aufgegriffen werden könne. Eine zeitliche Dringlichkeit wird verneint, da keine akute Krise vorliege. Daher erscheine es sinnvoller, die Umsetzung gebündelt im ordentlichen Gesetzgebungsprozess vorzunehmen, anstatt Doppelspurigkeit zu schaffen.

→ Die Kommission beschloss mit 13 zu 2 Stimmen ohne Enthaltung auf die Vorlage einzutreten.

5. Detailberatung

Titel und Ingress

→ Die Kommission genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 1 Abs. 1

Es wurde der Antrag gestellt, den § 1 Abs. 1 um folgenden Satz zu ergänzen: *«Stellt der Regierungsrat dem Kantonsrat keinen Antrag auf Gewährung eines Steuerrabatts, so hat er dies im jeweiligen Geschäftsbericht zu begründen.»*

Gewünscht wurde, dass der Regierungsrat zwingend (nicht nur optional) einen Antrag zum Steuerrabatt stellen soll, selbst wenn dieser null ist. Ziel sei eine klare Grundlage für die parlamentarische Diskussion. Dem wurde entgegengehalten, dass ein Antrag nur sinnvoll sei, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Anderenfalls solle begründet werden, warum kein Rabatt gewährt wird. Zudem gebe es genügend Vorarbeit und Diskussionen innerhalb der erweiterten

Staatswirtschaftskommission. Ein anderes Argument wurde eingebracht, dass das Thema ohne Pflicht «vergessen» werden könnte. Deshalb wurde vorgeschlagen, zumindest sicherzustellen, dass die relevanten Grundlagen immer vorgelegt werden. Statt einer Pflicht zur Antragstellung soll eine Begründungspflicht bei einem Nicht-Antrag eingeführt werden.

- ➔ Die Kommission stimmte der Ergänzung von § 1 Abs. 1 mit 12 zu 3 Stimmen ohne Enthaltung zu.

Ferner wurde der Antrag gestellt, den § 1 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen: *«Der Kantonsrat kann bei guter Finanzlage und unter den in diesem Beschluss festgelegten Bedingungen einen Steuerrabatt auf die Steuerzahlungen der steuerpflichtigen natürlichen und juristischen Personen sowie Beiträge an die Entwicklungszusammenarbeit gewähren.»*

Hier wurde argumentiert, dass der Kanton Zug stark von global tätigen Unternehmen profitiere und deshalb mehr Verantwortung übernehmen und Gelder zurückgeben werden sollen, insbesondere angesichts sinkender Bundesmittel. Dagegen argumentiert wurde, dass der Vorschlag systematisch falsch sei, da es beim Steuerrabatt um Rückerstattung von Einnahmen gehe, nicht um neue Ausgaben. Zudem sei Entwicklungszusammenarbeit primär Bundessache. Solche Beiträge müssten separat beschlossen werden, nicht im gleichen Mechanismus. Die Mehrheit sah den Antrag als nicht passend zum eigentlichen Zweck des Steuerrabatts und institutionell problematisch.

- ➔ Die Kommission lehnte den Antrag mit 13 zu 2 Stimmen ohne Enthaltung ab.

§ 1 Abs. 2

Es wurde der Antrag gestellt, den § 1 Abs. 1 um folgenden Satz zu ergänzen: *«Der Steuerrabatt kann maximal 8 Steuerfussprozente betragen.»*

Es wurde darüber diskutiert, ob der Steuerrabatt auf maximal 8 Steuerfussprozente begrenzt werden soll. Befürwortende argumentierten, dass eine Begrenzung Disziplin und Verhältnismässigkeit schaffe. Zu hohe Rabatte würden darauf hindeuten, dass der Steuerfuss falsch festgelegt sei – dann solle man ihn dauerhaft senken, statt wiederholt Rabatte zu gewähren. Dagegengehalten wurde, dass eine fixe Obergrenze den Handlungsspielraum unnötig einschränke. Die Höhe des Rabatts solle flexibel durch den Kantonsrat festgelegt werden, je nach finanzieller Lage. Eine Plafonierung könne sogar dazu führen, dass nicht genug zurückgegeben werde. Diese Frage war stark umstritten, was auch das Abstimmungsergebnis zeigte.

- ➔ Die Kommission stimmte dem Antrag mit 7 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung und Stichentscheid des Präsidenten zu.

§ 1 Abs. 3

- ➔ Die Kommission genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

§ 2

Die Grundidee des Antrags des Regierungsrats ist eine flexible Regelung ohne starre Vorgaben. Der Kantonsrat kann so situativ über den Steuerrabatt auf Basis definierter Bedingungen entscheiden.

Vorteile:

- Hohe Flexibilität: Entscheidungen können an die aktuelle Finanzlage angepasst werden.
- Politischer Handlungsspielraum: Kantonsrat behält volle Steuerungskompetenz.
- Praxisnah: Kein starres Konzept, das in aussergewöhnlichen Situationen hinderlich wäre.

Nachteile:

- Weniger Verbindlichkeit: Gefahr von inkonsistenten oder politisch getriebenen Entscheiden.
- Geringere Planbarkeit: Keine klaren Leitplanken für Höhe oder Anwendung des Rabatts.
- Potenzial für «Automatismus»: Bei hohen Überschüssen könnte regelmässig Rabatt gewährt werden, ohne grundsätzlich die Steuerpolitik zu hinterfragen.

Der Regierungsrat will ab einem Überschuss von 50 Millionen Franken und mehr einen Steuer-rabatt gewähren. Wenn es zu einem Überschuss von unter 50 Millionen Franken kommt, ist das für den Kanton Zug eine schwarze Null und dann wird die Diskussion erst gar nicht geführt. Das ist nicht der Rede wert und der Aufwand dafür viel zu gross. Darum hat sich die Regierung auf die 50 Millionen Franken geeinigt.

Ein Kommissionsmitglied stellte den folgenden Antrag ein:

«Abs. 1: Weist das abgeschlossene Geschäftsjahr einen Ertragsüberschuss aus, sind diesem jährlich 5 Prozent dem Bilanzüberschuss des Kantons zuzuweisen.

Abs. 2: Die Zuweisung nach Absatz 1 erfolgt so lange, bis der Bilanzüberschuss 100 Prozent des Jahresaufwands des vergangenen Geschäftsjahres erreicht hat.

Abs. 3» Übersteigt der Ertragsüberschuss nach Vornahme der Zuweisung gemäss Absatz 1 die zur Erreichung der Limite nach Absatz 2 erforderlichen Mittel, kann der verbleibende Betrag ganz oder teilweise zur Gewährung eines Steuerrabatts verwendet werden.

Abs. 4: Der Bilanzüberschuss darf nach Verbuchung des Jahresergebnisses und rechnerischer Berücksichtigung des Steuerrabatts 100 Prozent des Jahresaufwands des vergangenen Geschäftsjahres nicht unterschreiten.»

Grundidee:

Anlehnung an die Überschussverteilung gemäss OR, es sollen keine Zahlen in diesen Kantonsratsbeschluss geschrieben werden, klarere, restriktivere Regeln (z. B. stärkere Begrenzung oder Systematik beim Steuerrabatt). Flexible Regelung ohne starre Vorgaben. Der Kantonsrat entscheidet situativ über den Steuerrabatt auf Basis definierter Bedingungen.

Vorteile

- Klare Leitplanken: Mehr Verbindlichkeit und Transparenz.
- Disziplinierende Wirkung: Verhindert übermässige oder wiederholte Rabatte.
- Systematische Steuerpolitik: Fördert langfristige Lösungen (z. B. Anpassung des Steuerfusses statt kurzfristiger Rabatte).

Nachteile:

- Weniger Flexibilität: Starre Regeln könnten in gewissen Situation unpassend sein.
- Eingeschränkter Handlungsspielraum: Kantonsrat kann weniger situativ reagieren.
- Risiko von Fehlanpassungen: Bei aussergewöhnlichen hohen Überschüssen könnte nicht angemessen reagiert werden.

Es wurde darüber debattiert, wie der Steuerrabatt geregelt werden soll – entweder gemäss Vorschlag des Regierungsrats oder gemäss Antrag eines Kommissionsmitglieds. Ein Zahlenbeispiel zeigte auf, was dies bedeuten würde. 1 Steuerfussprozent ist 14 Millionen Franken. Es wird von einem Überschuss von 100 Millionen Franken ausgegangen. 5 Prozent davon sind 5 Millionen Franken, die zunächst abgezogen werden, also bleiben 95 Millionen Franken übrig. Dennoch würden die 95 Millionen Franken als Steuerrabatt zurückgegeben und 5 Millionen Franken würden in der Kasse des Kantons bleiben. Der Steuerrabatt wäre 7 Steuerfussprozente. Bei der Variante Regierungsrat verbleiben 75 Millionen Franken in der Kasse des Kantons und 25 Millionen Franken würden ausbezahlt. Der Steuerrabatt wäre 2 Steuerfussprozente. Der Antrag eines Kommissionsmitglieds ist eher offensiver. Der Regierungsrat setzt auf flexible Einzelfallentscheide, der Antrag des Kommissionsmitglieds auf klare Begrenzungen und mehr Systematik beim Steuerrabatt.

Daraufhin wurde auf Basis der diversen Anträge und Voten ein Kompromissvorschlag ausgearbeitet, woraufhin der ursprüngliche Antrag («analog OR») zurückgezogen wurden:

«Abs. 1: Weist das abgeschlossene Geschäftsjahr einen Ertragsüberschuss aus, sind diesem jährlich 5 Prozent dem Bilanzüberschuss des Kantons zuzuweisen.

Abs. 2: Die darüberhinausgehenden Mittel können als Steuerrabatt verwendet werden. Der Steuerrabatt kann maximal 8 Steuerfussprozente betragen. [Bemerkung: Gleichzeitige Aufhebung der Ergänzung von § 1 Abs. 2].

Abs. 3: Der Bilanzüberschuss darf nach Verbuchung des Jahresergebnisses und rechnerischer Berücksichtigung des Steuerrabatts 100 Prozent des Jahresaufwands des vergangenen Geschäftsjahres nicht unterschreiten.»

Anschliessend stellte ein Kommissionsmitglied den Antrag, § 2 wie folgt zu formulieren (Antrag 1):

«Abs. 1: Weist das abgeschlossene Geschäftsjahr einen Ertragsüberschuss aus, sind diesem jährlich 50 Prozent dem Bilanzüberschuss des Kantons zuzuweisen.

Abs. 2: Die darüberhinausgehenden Mittel können als Steuerrabatt verwendet werden.

Abs. 3: Der Steuerrabatt kann maximal 8 Steuerfussprozente betragen. [gleichzeitige Aufhebung der Ergänzung von § 1 Abs. 2].

Abs. 4: Der Bilanzüberschuss darf nach Verbuchung des Jahresergebnisses und rechnerischer Berücksichtigung des Steuerrabatts 100 Prozent des Jahresaufwands des vergangenen Geschäftsjahres nicht unterschreiten.»

Dieses Kommissionsmitglied argumentierte, es gebe mehrere Arten Steuern zu senken. Es könne der Steuerfuss gesenkt oder das, was zu viel eingenommen wurde, wieder zurückgegeben werden. Wenn wir nachhaltig immer Überschüsse und mittels 50 Prozent Zuweisung immer mehr Kapital haben, würde sich eine andere Art der Steuersenkung anbieten, nämlich eine Anpassung der Progression. Zuerst bezahlt man fast keine Steuern und plötzlich setzt die Progression ein, womit man verhältnismässig mehr zahle. Das Kommissionsmitglied würde es begrüßen, wenn der Progressionsknick nachhaltig abgeschwächt wird, wenn sich nachhaltige Überschüsse abzeichnen. Dann würde genau der Mittelstand profitieren, der nicht ganz wenig verdient und deshalb grössere Ausgaben hat. Dieses Kommissionsmitglied beantragte eine neue Systematik, dass nur 50 Prozent des Überschusses dem Staat zugewiesen werden. Der Rest könne flexibler für Steuerrabatte genutzt werden, der Rabatt werde plafoniert und eine Mindestreserve bleibe bestehen. Dem wurde entgegengehalten, dass dieser Vorschlag Themen vermische und in eine grundsätzliche Steuergesetzdebatte führe, die hier fehl am Platz sei. Fragen wie Progression oder Tarifstruktur gehörten in separate Reformen (z. B. künftige Steuerpakete in Sachen Individualbesteuerung). Der Vorschlag des Kommissionsmitglieds würde mehr ausschütten und weniger zurücklegen. Die Variante des Regierungsrates sei bewusst restriktiver und setze stärker auf Vermögensaufbau/Sicherheit.

Daraufhin stellte ein weiteres Kommissionsmitglied den Antrag, den § 2 um einen neuen Abs. 2 zu ergänzen (Antrag 2): *«Die Zuweisung nach Absatz 1 erfolgt so lange, bis der Bilanzüberschuss 100 Prozent des Jahresaufwands des vergangenen Geschäftsjahres erreicht hat.»*

- ➔ Die Kommission lehnt den Antrag 1 mit 9 zu 6 Stimmen ab. Die Kommission beschliesst somit folgenden Wortlaut von § 2 Abs. 1: *«Weist das abgeschlossene Geschäftsjahr einen Ertragsüberschuss aus, sind diesem jährlich 5 Prozent dem Bilanzüberschuss des Kantons zuzuweisen.»*
- ➔ Die Kommission lehnt den Antrag 2 mit 12 zu 3 Stimmen ab.

Weiter wurde der Antrag gestellt, den § 2 Abs. 2 wie folgt zu formulieren (Antrag 3): *«Die darüberhinausgehenden Mittel können zu 50 Prozent als Steuerrabatt verwendet werden. Der Steuerrabatt kann maximal 8 Steuerfussprozente betragen.»* Gleichzeitig soll die Ergänzung in § 1 Abs. 2 aufgehoben werden.

- ➔ Die Kommission stimmt dem Antrag 3 mit 8 zu 7 Stimmen zu.

Der Kompromissvorschlag wurde sodann entsprechend bereinigt.

Antrag bereinigter Kompromissvorschlag gegen den Antrag des Regierungsrats:

- ➔ Die Kommission stimmt mit 12:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen dem bereinigten Kommissionsantrag zu.

Die finale Version des Kommissionsantrags von § 2 lautet somit:

«Abs. 1: Weist das abgeschlossene Geschäftsjahr einen Ertragsüberschuss aus, sind diesem jährlich 5 Prozent dem Bilanzüberschuss des Kantons zuzuweisen.

Abs. 2: Die darüberhinausgehenden Mittel können zu 50 Prozent als Steuerrabatt verwendet werden. Der Steuerrabatt kann maximal 8 Steuerfussprozente betragen.

Abs. 3: Der Bilanzüberschuss darf nach Verbuchung des Jahresergebnisses und rechnerischer Berücksichtigung des Steuerrabatts 100 Prozent des Jahresaufwands des vergangenen Geschäftsjahres nicht unterschreiten.»

Gleichzeitig wird die Ergänzung von § 1 Abs. 2, die anfangs beschlossen wurde, aufgehoben

Schliesslich wurde der Antrag gestellt, einen neuen § 3 einzufügen: *«Der vorliegende Kantonsratsbeschluss ist in die nächste Steuergesetzrevision aufzunehmen.»*

Im Rahmen der Detailberatung wurde ein letztlich nicht gestellter Antrag diskutiert, wonach die Voraussetzungen für einen Steuerrabatt nicht in einem Kantonsratsbeschluss, sondern im Steuergesetz geregelt werden sollten. Dabei wurde hervorgehoben, dass ein separater Kantonsratsbeschluss einen pragmatischen und rasch umsetzbaren Weg darstellt, während eine Verankerung im Steuergesetz zwar ebenfalls möglich, jedoch deutlich zeitaufwendiger wäre. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass eine Gesetzesrevision zwingend den formellen Prozess – etwa eine Vernehmlassung – durchlaufen muss. Zudem bestehe die Gefahr, dass bei einer Öffnung des Steuergesetzes eine Vielzahl zusätzlicher Forderungen eingebracht wird. Vor diesem Hintergrund wurde betont, dass der aktuelle Auftrag darin bestehe, die vorliegende Motion umzusetzen, und nicht eine umfassende Gesetzesrevision vorzunehmen. Der Finanzdirektor hielt fest, dass im Zuge der nächsten Steuergesetzrevision geprüft werden könnte, ob der KRB in das Steuergesetz überführt werden könne.

- ➔ Die Kommission lehnte den Antrag mit 7 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung und Stichtend des Präsidenten ab.

Mit den **Teilen II (Fremdänderung) III und IV** gemäss Vorlage war die Kommission stillschweigend einverstanden.

6. Schlussabstimmung

Die vorberatende Kommission stimmte der Vorlage in der Schlussabstimmung mit 13 zu 2 Stimmen ohne Enthaltung zu.

7. Anträge

Die vorberatende Kommission beantragt dem Kantonsrat,

1. mit 13 zu 2 Stimmen auf die Vorlage Nr. 4034.2 - 18431 einzutreten und ihr mit den von der Kommission beantragten Änderungen zuzustimmen;
2. mit 15 zu 0 Stimmen die teilerheblich erklärte Motion der FDP-Fraktion betreffend gesetzliche Grundlage für einen Steuerrabatt im Kanton Zug (Vorlage Nr. 3785.1 - 17957) als erledigt abzuschreiben.

Zug, 9. März 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der vorberatenden Kommission

Der Präsident: Alois Gössi

Beilagen:

- Beilage 1: Synopse
- Beilage 2: Abklärungsaufträge
- Beilage 3: Beilage zu Abklärungsaufträge

Kommissionsmitglieder:

Alois Gössi, Präsident
Heinz Achermann, Hünenberg
Michael Arnold, Baar
Gregor Bruhin, Zug
Philipp C. Brunner, Zug
Tabea Estermann, Zug
Luzian Franzini, Zug
Thomas Gander, Cham

Thomas Gwerder, Baar
Julia Küng, Zug
Tom Magnusson, Menzingen
Thomas Meierhans, Steinhausen
Karl Nussbaumer, Menzingen
Adrian Risi, Zug
Barbara Schmid-Häseli, Baar